

Aufstellung der Gedenkstele am Museum Berggruen / Bröhan zur Nutzungsgeschichte der „Stüler-Bauten“ am Mittwoch, dem 20. 11. 2013

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen und Kolleginnen!

Wenn wir hier an dieser Stelle eine Umfrage unter den Besuchern des Museums Berggruen oder des Schlosses Charlottenburg starteten, würde vermutlich kaum einer auf die tatsächliche Geschichte dieses Gebäudes kommen. Erst Recht nicht erinnert das Gebäude in seiner heutigen Gestalt an die Verstrickung der Polizei in das NS-Gewaltregime.

Ich will Ihnen hier keinen umfassenden geschichtlichen Abriss geben, sondern nur auf ein paar Eckdaten hinweisen, weil mir die mit der Aufstellung der Stele verbundene Botschaft, Erinnerung wach zu halten, wichtiger ist.

1918/19 wurde aus den Angehörigen von Freikorps und Garderegimentern die kaserierte Sicherheitspolizei, kurz Sipo, gegründet. Die 8. Hundertschaft der Sipo wurde in diesem Charlottenburger Gebäudekomplex untergebracht. Wegen ihrer Beteiligung am rechtsradikalen Kapp-Putsch von 1920 und auf Intervention der Alliierten, die in der Sipo zu Recht eine paramilitärische Einheit und damit den Versailler Vertrag verletzt sahen, wurde die Sipo aufgelöst und zur Schutzpolizei umorganisiert.

Ab 1924 gingen die Politiker Preußens mit der Einführung eines neuen Aus- und Fortbildungssystems daran, das demokratische Bewusstsein und die Allgemeinbildung der Polizisten zu stärken. Polizisten konnten in einer Berufsschule von zivilen Lehrern unterrichtet nunmehr über die Mittlere Reife bis zum Abitur gelangen. Sie konnten sogar die Offizierslaufbahn einschlagen oder nach dem Ende ihrer Dienstzeit erfolgreich in andere Berufe wechseln.

Mit der Gründung des *preußischen Polizeiinstituts Berlin-Charlottenburg* wurde 1927 eine zentrale Aus- und Fortbildungsstätte für die - wie es hieß - „*obere Beamten-schaft aller Polizeidienstzweige*“ geschaffen. Sie hatte ihren Sitz zunächst in der Charlottenburger Soorstraße 83 und danach hier im westlichen „Stüler-Bau“. In dieser Einrichtung sollten nicht nur die rechtsstaatlichen Grundsätze erlernt, sondern auch moderne Forschungsgebiete genutzt werden, um eine „*Polizeiwissenschaft*“ für die verschiedenen polizeilichen Fachrichtungen zu etablieren.

Doch diese hehren Ziele wurden schon bald über Bord geworfen. Die innere Sicherheit Deutschlands versank ab 1929 im Strudel der Weltwirtschaftskrise unter den Tritten und Schlägen der roten und braunen Parteimilizen. Die Schutzpolizei stand zunächst zwischen den Fronten. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten begann auch innerhalb der Polizei ein Anpassungsprozess an das neue System.

Mit der von den Nazis sogenannten „weltanschaulichen Schulung“ zog das rassistische Gedankengut in das *preußische Polizeiinstitut, Berlin-Charlottenburg*, ein. Die Schule wurde zur *zentralen Lehrstätte der preußischen Kriminalpolizei und des preußischen Staatsschutzes, der gerade zur Geheimen Staatspolizei mutierte*.

Als die Nationalsozialisten den Föderalismus abschafften und die Länder auflösten, wurden auch die Länderpolizeien zentralisiert. Himmler wurde im Juni 1936 „Chef der Deutschen Polizei“. Danach verschmolzen SS und Polizei auch personell zunehmend. Alle uniformierten Einheiten wurden in der „Ordnungspolizei“ zusammengefasst. Kripo, Gestapo und der Sicherheitsdienst der NSDAP - kurz SD genannt - bildeten die „Sicherheitspolizei“. Sie wurde dem SS-Gruppenführer Reinhard Heidrich unterstellt und mit Beginn des Zweiten Weltkriegs Teil des „Reichssicherheitshauptamts“.

Die Polizei entwickelte sich zum Kern und Machtzentrum des totalitären Herrschaftssystems. Das hiesige *„preußische Polizeiinstitut“* wurde 1937 *„Führerschule der Sicherheitspolizei“*.

Ab September 1939 wurde die Polizei – ich zitiere den Historiker Prof. Dr. Patrick Wagner – zum „wichtigsten Vollstrecker der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik – sei es in Gestalt der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und der in Osteuropa eingesetzten Polizeibataillone, sei es in Form von lokalen Beamten der Sicherheits- und Schutzpolizei, die Juden und „Zigeuner“ zu den Deportationszügen in die Vernichtungslager trieben“ – Zitat Ende.

Anhand der Standortmeldungen der Polizeitruppenverbände an das Reichssicherheitshauptamt – an dessen Sitz befindet sich jetzt das Dokumentationszentrum „Topografie des Terrors“ - kann man noch heute die Blutspur der Polizeieinheiten durch Europa nachzeichnen. 600.000 bis 1 Million wehrlose Menschen wurden auf bestialische Art und Weise umgebracht: Greise, Frauen, Kinder. Die Opfer waren zumeist Juden, aber auch Sinti und Roma, Kommunisten und Widerstandskämpfer.

Kaderschmiede der Befehlshaber dieser Mordkommandos und der Hintermänner im Reichssicherheitshauptamt war die hiesige „*Führerschule der Sicherheitspolizei*“.

Doch auch Angehörige anderer Gruppen wurden Opfer polizeilicher Willkür. Wegen ihrer Religion, ihrer politischen Einstellung, wegen ihrer ethnischen Herkunft oder wegen ihrer sexuellen Identität wurden Menschen geschlagen, misshandelt, eingesperrt oder getötet.

Man verschleppte sie in Konzentrationslager. Viele sollten diese Stätten des Grauens nicht mehr lebend verlassen oder für den Rest ihres Lebens gezeichnet sein; gebrochen an Körper und Seele; viele von ihnen wurden im Nachkriegsdeutschland nicht als Opfer des Faschismus anerkannt.

Die Täter aber, darunter auch Polizisten, konnten zu Beginn der 50er Jahre in der Bundesrepublik wieder an ihren alten Beamtenstatus anknüpfen. Ihr Hauptziel war es, die Vergangenheit vergessen zu machen. Das gelang ihnen oft sogar bis zum eigenen Tod.

Und damit komme ich zum Anfang meiner Ausführungen zurück. Gegen das Vergessen anzuarbeiten ist historische Verpflichtung eines jeden von uns, insbesondere der Verantwortlichen in Organisationen wie der Polizei, die maßgeblich an den Nazi-Gräueln beteiligt waren.

An unserer Zeitrechnung gemessen leben wir noch nicht sehr lange unter und mit den Regeln des Grundgesetzes, das uns demokratische Grundwerte, den Rechtsstaat und Wohlstand gebracht hat. Das ist ein großes Privileg, dessen Glück wir uns immer wieder vor Augen führen müssen. Aus diesem Privileg ergibt sich für uns aber auch die selbstverständliche Pflicht, gegen jede Form von Rassismus und Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit oder Homophobie mit allen rechtsstaatlichen Mitteln anzukämpfen. Und es ist unsere Pflicht, Menschen, die wegen der in ihren Heimatländern bestehenden Verfolgung und kriegerischen Auseinandersetzungen hier Schutz suchen, ganz besonders herzlich Willkommen zu heißen.

Vor dem Hintergrund der polizeilichen Verstrickung in die nationalsozialistische Gewaltherrschaft ist es mir und meiner Behörde ein besonderes Anliegen, unseren jungen Kollegen und Kolleginnen in ihrer Ausbildung nicht nur die unserer verfassungsmäßigen Ordnung zu Grunde liegenden Wertvorstellungen nahe zu bringen, sondern sie auch zur stetigen Erinnerung transparent und umfassend über die historischen Ereignisse aufzuklären, um sie für die Zukunft und ihre Arbeit zu sensibilisieren. Un-

sere Berufsanfänger werden daher an der Landespolizeischule zu den Themen Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit unterrichtet. Nachhaltigkeit gewinnt dieser Unterricht nicht zuletzt durch die aktive Teilnahme an Veranstaltungen wie der heutigen.

Die uns vom Gesetzgeber anvertrauten Gewaltmittel stets behutsam einzusetzen und sensibel zu bleiben gegen Gewaltmissbrauch muss uns mahnende Lehre aus unserer Geschichte sein.

Ich kann Ihnen versichern, dass wir diesen Auftrag sehr ernst nehmen und alles daran setzen, unseren Beitrag dazu zu leisten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit